

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig
Herausgeber: Auer Verlag, Leipzig
Vertrieb: Auer Verlag, Leipzig

Telegraphische Anzeiger-Verlagsgesellschaft

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 160

Freitag, den 11. Juli 1924

19. Jahrgang

Die Pariser Kompromißkomödie.

Eine Einigung auf Kosten Deutschlands.

Die Pariser Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten hat zu einer Einigung der beiden Länder geführt, die nun mit einem gemeinsamen Programm in die Londoner Konferenz einbringen werden. Dabei ist in der Hauptsache Macdonald der Gebende und Herriot der Empfangende gewesen. Der englische Ministerpräsident hat seinem französischen Kollegen erhebliche Zugeständnisse gemacht und damit dürfte dessen erschütterte Stellung wieder gefestigt und ein schweres Hindernis für die Bewältigung des Dawesplanes aus dem Wege geräumt sein. Selbst das nationalistiche „Echo de Paris“ muß zugeben, daß Frankreich Erfolge erzielt hat. Allerdings ist Bertinax noch bei weitem nicht befriedigt über den ganzen Dawesplan für sich hält, und er formuliert das Ergebnis der Zusammenkunft mit den Worten: Die Seite von Chequers ist etwas loser geworden, aber sie ist nicht gebrochen. Die für Herriot sich so bedrohlich anlassende Senatsdebatte über die auswärtige Politik dürfte also vorübergehen, ohne daß es Poincaré gelingt seinen verhassten Nachfolger und Gegner zu Fall zu bringen.

Das ist aber so ziemlich auch das einzige Erfreuliche an den Ergebnissen der Pariser Aussprache. Denn was das zwischen den beiden alliierten Staatsmännern an tatsächlichen Verhandlungen angeht, so kann es für uns wenig Grund zur Befriedigung geben. Die Einigung zwischen Frankreich und England ist wieder einmal, wie schon so oft, auf Kosten Deutschlands hergestellt worden. Die von Herriot aus fürcht vor der nationalistischen Opposition ausgesprochenen Forderungen der Poincaréschen Politik sind von Macdonald leider in weitgehendem Maße erfüllt worden. Der englische Premierminister hat die grundlegende These seiner Politik, daß das Sachverständigengutachten über den Rahmen des Versailler Vertrages hinausgeht, preisgegeben und infolgedessen auch die wesentlichsten Forderungen Frankreichs anerkennen müssen.

Da von England der Dawesplan nur sozusagen als Ausführungsbestimmung zum Versailler Vertrag anerkannt worden ist, ergibt sich die logische Folge, daß auch die Reparationskommission künftighin darüber entscheiden soll, ob Deutschland sich eine Verletzung gegen den Dawesplan habe zuschulden kommen lassen. Damit wird diesem Instrument der französischen Politik eine neue wichtige Rolle übertragen. Allerdings verheißt sich die Mehrheitsverhältnisse in der Reparationskommission ein wenig durch den Eintritt des amerikanischen Mitgliedes, das die Interessen der amerikanischen Darlehensgeber wahrnehmen soll. Bisher hatte Frankreich den entscheidenden Einfluß in der Reparationskommission. Da die Stimmen Frankreichs und Belgiens infolge der ausschlaggebenden Gewalt der französischen Prästivalstimme immer das Übergewicht über diejenigen Englands und Italiens hatten. Durch die hinzukommende amerikanische Stimme würde also das Gleichgewicht in der Reparationskommission einigermaßen wiederhergestellt. Trotzdem eröffnet diese Lösung für uns keine erfreulichen Aussichten, da die Mitglieder der Reparationskommission sich bisher immer als würdige Vertreter des Poincaréschen Geistes gezeigt haben und Herriot hier bisher keinen Personentausch vorgenommen hat.

Das größte Befremden aber und den stärksten Protest Deutschlands muß der Punkt 4 des Abkommens hervorrufen, wonach die Reparationskommission, und zwar ohne amerikanischen Beobachter, feststellen hat, wann der Dawesbericht von Deutschland zur Durchführung gebracht worden ist. Damit ist allen Schranken gegenüber Deutschland Tür und Tor geöffnet. Nach den Verhandlungen von Chequers sollte ein bestimmter Termin festgesetzt werden, an dem Deutschland den Dawesplan in Kraft zu setzen hätte und ein damit zusammenhängender Termin, an dem die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands wiederhergestellt werden müßte. Es war also etwa so gedacht, daß 14 Tage nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen nach dem Dawesplan nachgekommen war, auch Frankreich und Belgien die wirtschaftliche Klärung des besetzten Gebietes vornehmen müßten. In dem Pariser Abkommen fehlt jede feste Bindung zwischen diesen beiden Terminen und damit die Garantie für Deutschland, daß auch Frankreich und Belgien ihre Verpflichtungen promptly erfüllen werden.

Somit, aber nicht am letzten Tag noch die auf die letzten verbleibenden Punkte zu sprechen, daß

Deutschland in den Beratungen in London nicht hingezogen

werden soll, sondern daß man offenbar beabsichtigt, ihm das fertige Protokoll zur Unterschrift vorzulegen. Damit wären wir nämlich wieder bei der Diktatpolitik Poincaréscher Musters angelangt. Die Alliierten haben zu beschließen und Deutschland zu gehorchen. Es ist merkwürdig, daß Herriot und Macdonald nicht leuchtend einsehen, in wie schreiendem Gegensatz ein derartiges Verhalten zu den von ihnen so oft und so feierlich proklamierten Grundsätzen steht. Die Reichsregierung wird mit vollem Nachdruck darauf hinzuwirken haben, daß Deutschland bei den Londoner Beratungen nicht zu Worte kommt. Der Text des Pariser Memorandums selbst gibt dazu eine gewisse Handhabe, da in den Punkten 4b und 4f ausdrücklich von den „beteiligten“ Regierungen die Rede ist, während an anderen Stellen von den interalliierten Regierungen gesprochen wird. Es wird aber niemand bestreiten können, daß auch Deutschland an der Durchführung des Dawesplanes „beteiligt“ ist.

Deutschland wird vielleicht umso eher auf einen gewissen Erfolg bei seinen Bemühungen, in London gehört zu werden, rechnen können, da man in Paris offenbar die Rechnung ohne den amerikanischen Geldgeber gemacht hat. Schon jetzt wird, wenn auch in vorsichtiger Form, aus Washington gemeldet, daß die Vereinbarung über die Beteiligung eines amerikanischen Vertreters an der Reparationskommission für Amerika unannehmbar ist. Damit wird eines der wichtigsten Stücke aus dem englisch-französischen Abkommen herausgerissen und die ganze Frage von neuem aufgerollt. Man darf wohl die Hoffnung ausprechen, daß die Londoner Konferenz, nachdem der von Poincaré entfesselte Entrüstungssturm in Frankreich sich gelegt hat, unter Mitwirkung der Vertreter Amerikas noch manche Veränderung an dem unerfreulichen Bilde bringen wird, das in Paris entworfen worden ist.

Enttäuschung in Berlin.

Berlin, 10. Juli. In den Regierungskreisen herrscht über die Pariser Beschlüsse eine lebhafteste Enttäuschung vor, weil die deutschen Wünsche bezüglich der Hinzuziehung zur Konferenz mit keinem Worte Erwähnung finden. Obwohl die Alliierten zuvor erklärten, daß ohne deutsche Mitarbeit auf der Konferenz Deutschland über den Friedensvertrag hinausgehende Verpflichtungen nicht zugemutet werden könnten. Mit allem Nachdruck müßte erklärt werden, daß von deutscher Seite niemals ein zweites Versailler Diktat unterschrieben werden würde. Von deutscher Seite wird man sich auf jeden Fall mit aller Kraft dagegen wehren, daß ohne Deutschlands Hinzuziehung beschlossen wird, wie die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik wiederhergestellt werden soll.

Besonderes Interesse gewinnt die Pariser Abmachung dadurch, daß die drei Gegenstände, die die Grundlage des ganzen Gutachtens bilden, jetzt ihrer Vollendung entgegenstehen und der Zeitpunkt heranreift, an dem Deutschland seine selbstverständlichen Forderungen durchzusetzen hat, über die die Experten sich in ihrem Bericht ausgedrückt haben. Diese Forderungen hängen samt und sonders mit dem besetzten Gebiet, seiner Befreiung, von der Krone der brutalen Gewalt, der Wiedergabe seiner Bewohner in kulturwürdige Zustände zusammen. Die Besprechungen zwischen den englischen und französischen Premierministern haben aber alle diese Fragen alles andere als Klarheit gebracht. Die schwere Gefahr, daß hier Deutschlands Interesse auf nachteiligste Weise beeinträchtigt werden, ist nicht zu verkennen. Ist das Hauptziel nicht vollkommen frei zur Verfügung der deutschen Regierung gestellt, so kann eine Ausführung des Sachverständigengutachtens für Deutschland einfach nicht in Frage kommen.

Die deutschen Expertengesetze erneut verlangt.

Paris, 10. Juli. Auf Grund der Ergebnisse der Pariser Ministerbesprechung sind die Botschaften Frankreichs und Großbritanniens in Berlin beauftragt worden, unverzüglich ihre Demande im Ausdrücklichen Amt vorzulegen in Sachen einer beschleunigten Vorlegung der deutschen Gesetze zur Vollziehung des Dawes-Gutachtens.

Frankreich denkt nicht an die Räumung des Ruhrgebietes.

Das „Echo de Paris“ meldet, die nach dem Rücktritt und dem Abzug des Gebietes gehenden fran-

zösischen Abziehungsstruppen sind bis zum 31. Oktober bestimmt. Die Eisenbahnstruppen sind zufolge Anordnungen des Kriegeministers bis zu einem Drittel zu ergänzen.

Die Pariser Vereinbarungen für Amerika unannehmbar

London, 10. Juli. (APB.) Reuter berichtet aus Washington, einige amerikanische Regierungsvertreter erklärten, wenn sie auch mit ihrem offiziellen Kommentar zurückhalten, bis vollständige Informationen vorliegen, daß die Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herriot, durch die die Vereinigten Staaten eine volle Stimme in der Reparationskommission in Zusammenhang mit der Anwendung des Dawesberichts erhalten würden, für den amerikanischen Standpunkt unannehmbar seien.

Skandaliszenen in der französischen Kammer.

Paris, 10. Juli. In der französischen Kammer kam es gestern aus Anlaß der Aussprache über die Räumungsfrage zu wüsten Szenen. Die Opposition veranlaßte lärmende Kundgebungen gegen Caillaux und Madly. Die Vertreter der Mehrheit wurden häufig in ihren Darlegungen unterbrochen. Als der General de St. Just eine Rede machte, als ob er auf Madly ein Gewehr abdrückte, konnte die Sitzung keine Grenzen mehr. Der Sozialist Maunul führte, von 20 Abgeordneten der äußeren Linken begleitet, auf die Bänke der Opposition los. Es kam zu einem regellosen Handgemenge. Einem Abgeordneten wurde der Kragen abgerissen, ein anderer erhielt Schläge ins Gesicht und blutete aus der Nase. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung hielt der Kommunist Marty eine lange Rede, in der er verlangte, der Amnestie-Erlass solle auf alle ohne Unterschied angewendet werden. Redner ergoß sich in heftigen Anklagen gegen eine Reihe von Generalen, die er beschuldigte, daß sie sich während des Krieges Gevorkommen haben lassen. General Rollet protestierte. Schließlich wurde beschlossen, die Sitzung auf morgen zu vertagen.

Kleine politische Meldungen.

Der letzte Akt der Militärkontrolle.

Dem deutschen Botschafter ist die Antwort der Botschafterkonferenz auf die deutsche Note in der Militärkontrollfrage übermittelt worden. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die deutsche Regierung sich mit der geforderten allgemeinen Revision einverstanden erklärt. Bei aller Rücksicht auf die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Kontrolloperationen wünscht jedoch die Konferenz, sich auf den 30. September als Schlußtermin der Kontrolle nicht festzulegen. Die Kontrolloperationen werden am 20. Juli beginnen.

Ministerialrat Schneider freigesprochen. Der Prozeß gegen Ministerialrat Schneider wegen der gefälschten Registerkarten endete mit einem in allen Punkten völligen Freispruch für Schneider. Im überfüllten Saale herrschte bei der kurzen Verkündung durch den hohen englischen Gerichtshof atemlose Stille. Der englische Legalassessor Godehouse, der den Freispruch mitteilte, begrüßte am Schluß in vornehmer Weise Schneider und seinen Verteidiger, den Schweizer Bartholomä, auf herzlichste.

Bayerische Gelben. Die „Münchner Allgemeine Zeitung“ meldet, daß in Würzburg, im Anschluß an die kürzlich abgehaltene Reichs-Frauentagung der Deutschen demokratischen Partei, drei Teilnehmerinnen, die am vergangenen Sonntag einen Ausflug in die Umgebung der Stadt machten, bei welcher Gelegenheit sie das schwarz-rot-goldene Abzeichen trugen, von mehreren polnischen Studenten überfallen und mit einer Vitriollösung überschüttet worden seien. Die Damen hätten schwere Wunden davon getragen, ihre Kleider seien von der Säure zerstört worden. Die Täter seien entflohen.

Ottens Hochverrat. Der Führer der bayerischen Deutschnationalen Dr. Hilbert gab im Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages folgende Erklärung ab: Ottens Unternehmen vom 8. November war zweifellos Hochverrat. Wenn man sagt, daß es eine Reaktion gegen den Hochverrat von 1918 gewesen sei, so ist das nicht richtig. Die Schaffung des jetzigen Staates ist kein Hochverrat gewesen, sondern sei geschehen in der Ausübung des höchsten Rechtes des Volkes; sein Schicksal selbst zu bestimmen. Wer sich gegen diese Verfassung mit Gewalt erhebt, handelt nicht in berechtigter Reaktion, sondern er handelt gegen das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes und erhebt sich gegen den Staat. Das nennt man eben Hochverrat.

Kündigung der Umfassung unmöglich. In der zweiten Finanzministerkonferenz in Berlin, die am 10. Juli beginnt, erfahren wir, daß der Reichsfinanzminister den Bundespräsidenten die Verlegung eines neuen Steuerprogramms zugesagt hat. Eine Kündigung der Umfassung, wie sie schon